

Aus dem Inhalt:

# Leo Trotzki Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b. Preis 15 Groschen

# Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch:  
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24  
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ  
Nr. 6 März 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.  
Abonnement vierteljährig S —90

## An alle Mitglieder der Kommunistischen Internationale! Werte Genossen!

Nach acht Jahren tiefgehender sozialer und politischer Reaktion im internationalen Maßstab, die der schweren Niederlage der deutschen Revolution im Jahre 1923 gefolgt sind, haben in Deutschland, dem Knotenpunkt der schärfsten Widersprüche des europäischen Kapitalismus, die Klassenkämpfe einen derartigen Grad erreicht, daß die Beibehaltung der bisherigen Herrschaftsmethoden des Kapitalismus unmöglich geworden ist. Angesichts der heranreifenden proletarischen Revolution in Deutschland geht die deutsche Bourgeoisie dazu über, durch die Entfesselung der faschistischen Konterrevolution der deutschen Arbeiterklasse eine entscheidende Niederlage für viele Jahre zuzufügen; ein solcher Sieg würde nicht nur die proletarische Revolution in Deutschland weit zurückwerfen, die internationale Reaktion beflügeln, die vorrevolutionre Situation in Mitteleuropa, insbesondere in Ungarn und Oesterreich in eine konterrevolutionäre umwandeln, sondern auch unermessliche Gefahren für den Weiterbestand der Sowjetunion heraufbeschwören.

Der siegreiche deutsche Faschismus, ohnmächtig zu einer selbständigen imperialistischen Politik gegen die imperialistischen Weststaaten und ihre Vasallen (Polen), würde Deutschland in den Landsknecht des Antisowjetblockes verwandeln, um auf diese Weise eine Aenderung des Versiler Vertrages zu erkaufen.

Wenn heute das imperialistische Deutschland der Hindenburg, Bräuning, Grüner diesen Platz in der Antisowjetfront noch nicht eingenommen hat, so nicht zuletzt deswegen, weil ihm die Kraft und die Kampffhigkeit der deutschen Arbeiterklasse Schranken setzt. Die Niederlage der deutschen Revolution, der Sieg des deutschen Faschismus müßte so zu einer furchtbaren internationalen Niederlage der Arbeiterklasse werden.

Dies gilt es mit allen Mitteln und um jeden Preis zu verhindern!

Noch ist es nicht zu spät. Wohl ist es dem Faschismus in Deutschland bereits gelungen, entscheidende Massen des Kleinbürgertums und insbesondere der mittel- und kleinbäuerlichen Kreise an sich zu ziehen; aber noch hat die deutsche Arbeiterklasse keine entscheidende Niederlage erlitten, noch sind ihre Kampfpositionen im wesentlichen unerschüttert, noch sind alle objektiven Voraussetzungen in Deutschland vorhanden, die es den Kommunisten gestatten, die gesamte Arbeiterklasse zum Widerstand zu mobilisieren und im Kampf gegen den Faschismus die Voraussetzungen für den proletarischen Machtkampf zu schaffen.

Nicht die Uebermacht ihrer Gegner, sondern verhängnisvolle Fehler der Kommunisten, drohen jetzt zu einer vernichtenden Niederlage der deutschen Revolution zu führen.

In den führenden Kreisen der deutschen Kommunisten und in der gesamten Komintern herrscht jetzt die Auffassung vor, daß ein Regime Hitler keine Veränderung bedeutet, daß der Faschismus bereits im wesentlichen an der Macht sei, daß die offizielle Machtübernahme durch die faschistische Partei nur mehr eine „personelle Veränderung in der Regierung“ darstellt.

Indem die Führer der deutschen Partei und die Führer der Komintern davon ausgehen, daß der deutschen Revolution eine einheitliche reaktionäre Masse, beginnend von der Sozialdemokratie, dem „gemäßigten Flügel des Faschismus“ (Stalin) gegenübersteht, erweisen sie sich als blind gegenüber den revolutionären Erschütterungen und den revolutionären Möglichkeiten, die gerade der Uebergang der deutschen Bourgeoisie von der Demokratie zum Faschismus einleitet.

Millionen Massen, die gestern noch im blinden Glauben an die Möglichkeiten sozialer Reformen in-

nerhalb der demokratischen Republik die eigentlichen Fundamente der bürgerlichen Klassenherrschaft bildeten, sind durch die Krise und durch die drohende faschistische Konterrevolution alarmiert, sie geraten in Bewegung und suchen tastend nach einer revolutionären Führung im Kampf gegen den Faschismus. Dies gilt in erster Linie von den großen Massen der deutschen freien Gewerkschaften, in denen sich gerade jetzt ein elementarer Radikalisierungsproze entwickelt. Durch die verhängnisvolle Politik ihrer Führung erreicht die Kampfschlossenheit dieser Massen nicht jenen Grad, der notwendig ist. Statt sich an die Spitze dieser Arbeiter zu stellen, statt ihnen zu helfen, ihre Illusionen zu überwinden, stößt die Führung der deutschen Partei durch ihre Ablehnung jeder Einheitsfront mit sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Organisationen diese Massen zurück, überläßt sie sich selbst und ermöglicht dadurch die Aufrichtung einer neuen zentristischen Partei in Deutschland. (Seydewitz und Rosenfeld.)

Obgleich die deutsche Partei eine wirkliche Massenpartei ist, obgleich sie in den entscheidenden Industriebezirken Deutschlands bei politischen Wahlen die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse auf ihrer Seite hat, erweist sie sich in den außerparlamentarischen Massenaktionen als nahezu ohnmächtig.

Da den Mitgliedern der Partei und der RGO wohlbekannt ist, daß sie allein nicht in der Lage sind, erfolgreiche Massenkmpfe zu führen, da aber die Parteiführung auf einen Kampfblock mit nichtkommunistischen Organisationen verzichtet, wenn sie sich nicht bedingungslos verpflichtet, sich der Führung der KPD zu unterstellen, so demonstrieren die großen Massen der Parteimitglieder durch ihr Fernbleiben und durch ihr Nichtbefolgen der Parteidirektiven ihren Unglauben an die Richtigkeit des Kurses der Thälmann, Renneke und Neumann. Die wachsende Passivität innerhalb der Partei hat hier ihre Wurzel.

Falsche Theorien, wie jene von der „Volksrevolution“, vom „Sozialfaschismus“, falsche Perspektiven, wie die vom „Abwirtschafte und der Selbstzersetzung des Faschismus“, falsche Strategie und Taktik haben die deutsche Partei in eine Sackgasse manövriert, haben sie zur Aktionsunfhigkeit verurteilt und ihre Massen geltig entwaffnet.

Auf der Basis dieser verhängnisvollen Entwicklung in der Partei ist die Auffassung entstanden, daß der kampflasse Rückzug die beste Methode im Kampf gegen den Faschismus ist, daß der siegreiche Faschismus erst die Massenaktivitt entfesseln und damit die Voraussetzungen für die proletarische Revolution in Deutschland schaffen wird.

Wird die deutsche Partei, wird die Komintern in Deutschland nicht sofort eine grundlegende Wendung durchführen, rückhaltslos und offen mit den verderblichen Illusionen, falschen Theorien und mit ihrer Taktik der Fernhaltung von den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Massen brechen, so geht die deutsche Partei und mit ihr die Revolution in Deutschland einer Niederlage entgegen, die zu einem 4. August für die gesamte Komintern werden kann.

Wir Linken in der Komintern rufen Euch, Mitglieder der Komm. Partei Deutschlands, auf, alle Eure Kraft einzusetzen, um Eure Partei, die Partei von Rosa Luxemburg und Liebknecht, die Partei heroischer Kämpfe in der Vergangenheit, zu retten!

Wir fordern alle revolutionären Arbeiter in Deutschland auf, den Kommunisten zu helfen, aus der KPD die Waffe des Kampfes, die Waffe des Sieges zu gestalten. Wir Linken in der Komintern rufen Euch Parteigenossen in allen Sektionen der Komintern auf, Eure internationale Pflicht zu erfüllen!

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse ist Euer Kampf, ihre Niederlage wird Eure Niederlage sein, ihr Sieg zum Sieg in Eurem Lande gewaltig beitragen.

Wir rufen Euch, Mitglieder der Kommunistischen Partei Rußlands, daß Ihr Euch der ungeheuren Verantwortung bewußt werdet, die Eure Partei vor der internationalen Revolution trägt!

Darüber, ob die proletarische Diktatur ohne schwerste Erschütterungen zum Sozialismus führen wird, oder ob es der Weltreaktion gelingen wird, auch in der Sowjetrepublik zu triumphieren, darüber fallen die Entscheidungen nicht allein im Klassenkampf innerhalb der USSR, sondern in der Arena der internationalen Revolution! Die Niederlage der deutschen Revolution wäre der schwerste, wenn nicht der vernichtende Schlag gegen die Sowjetrepublik.

Es lebe die revolutionäre Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse!

Es lebe die proletarische Revolution in Deutschland!

Es lebe die Verteidigung der Sowjetrepublik!

Linke Opposition der KPD  
(Bolschewiki-Leninisten).

Groupe de la Gauche Communiste (France).  
Kommunistische Linksopposition Oesterreichs.  
Linkskommunistische Emigranten Ungarns (Wien).

## Proletarische Rundschau Sie sanieren uns zu Tode

Noch sind uns die sblichen Phrasen und Beteuerungen über die krisenlindernden Wirkungen des Bundesanierungsgesetzes und der Bundeshaftung für die Schulden der Credit-Anstalt und Bundesbahnen bekannt. Beschworen doch die satten SP-Bonzen täglich — der Lohnraub und die Millionengeschenke an Rothschild seien notwendig, um Aergeres zu verhüten. Die Sanierung der Rothschildbank mit den Steuergeldern der Werktätigen wurde den Arbeitern als das Morgenrot des Sozialismus gepriesen, der Lohnraub als das Staatsbürgers heilige Pflicht erklärt. Ja, diese Pharisäer, sie haben Verstandnis für die schwierige Lage der bankrotten kapitalistischen Wirtschaft, sie produzieren sich als die Aerzte des greisenhaften Kapitalismus und verlängern ihm mit dem Blute der Arbeiter das Leben.

Aber das Blut, das in die Venen des Moloch Kapital gepumpt wird, es ist nutzlos, es verfllt der Zersetzung. Entweder die Arbeiterklasse verblutet — oder sie befreit sich aus der Lohnklaverei des Kapitalismus.

Die alles verschlingende Krise hat neue Löcher in das Budget des Bundes gerissen. Die Steuereinnahmen sind weiter gesunken. Ungefähr 2—300 Millionen Schilling beträgt das Defizit. Durch Kürzung der Ausgaben soll dieser Betrag hereingebracht werden.

Die Unternehmer und die ihnen ergebene Wissenschaft fordern zur Rettung des zusammengebrochenen Exports einen generellen Lohnraub. Der Schilling, der im Ausland um 20—25 Prozent unter seinem gesetzlichen Kurs bewertet wird, drückt die Kaufkraft der Löhne. Die Devisenverordnung der Regierung hat diesen Zustand heraufbeschworen. Der Unternehmer oder Kaufmann, der vom Ausland Rohstoffe oder Fertigwaren bezieht, muß wohl die Differenz zwischen dem Auslandskurs und dem gesetzlichen Kurs des Schilling bezahlen, aber er bekommt diese Differenz nicht für Waren, die er ins Ausland liefert, da ihm die Nationalbank nur den gesetzlichen Kurs für die Devisen bezahlt. Es ist klar, daß sich die Unternehmer für diese Differenz am Inlandmarkt schadlos halten, und die Folge davon ist, daß in Oesterreich die Preise anziehen, das heißt, die Lebenshaltungskosten sind höher als im Ausland. Damit gibt sich aber die Bourgeoisie nicht zufrieden. Der Lohnraub erscheint ihr das geeignetste Mittel, um die „Selbstkosten“ zu senken.

Nach deutschem Muster wünschen die Herren Lohnraub im Wege der Verordnung durch die Regierung. Das deutsche Beispiel ist verlockend. Zwölf Prozent Lohnraub diktierte die vierte Notverordnung den Werktätigen und die Preissenkung ist gleich null.

Die Sozialdemokratie warnt die Regierung wohlwollend, indem sie auf die Unznglichkeit des Lohnraubes hinweist,

der das Chaos, das durch die Devisenverordnung heraufbeschworen wurde, nicht zu bannen vermag.

Die Bourgeoisie pfeift auf diese Verordnungen. Sie ist entschlossen, ihr Lohnraubprogramm unter allen Umständen durchzusetzen. Wird die SP die Bureschregierung auch um den Preis des neuen Sanierungsraubzuges tolerieren? Das wird vor allem von der Arbeiterschaft abhängen. All dem neuen Raubzug der Bourgeoisie steht und fällt die Bureschregierung. Was nach Buresch kommt, das wird die Arbeiterklasse entscheiden müssen. Das demokratische Hungergelme steht vor dem Zusammenbruch.

## Der Kampf um Wien

### Die Partei ohne Wahlprogramm

„Das rote Wien verteidigen, heißt in Wirklichkeit ein sozialistisches Bollwerk gegen den Kapitalismus verteidigen.“ Mit dieser Losung hat Danneberg auf der Wiener Vertrauensmännerkonferenz der SP den Wahlkampf eingeleitet. Geht es am 24. April wirklich um die Verteidigung des sozialistischen Bollwerkes? Untersuchen wir nüchtern die Haupttätigkeit der Gemeinde Wien.

Sie baut Wohnungen. Das machen auch bürgerlich verwaltete Gemeinden in Deutschland. Der Bau der Wohnungen wird bestritten aus den Mitteln der Wohnbausteuer, die Rothschild als auch der ausgesteuerte Arbeitslose mit Frau und Kindern zu bezahlen hat. Also ein absolut kapitalistischer Vorgang. Gewiß, die bis in die Knochen reaktionäre Großbourgeoisie läuft Sturm dagegen, weil ihr auf diese Weise eine nicht unbedeutliche Einnahmequelle, der Zinswucher, entzogen ist. Aber das ist beileibe keine sozialistische Tat, sondern eine Selbstverständlichkeit, nach deren Prinzip schon Lueger durch die Kommunalisierung der Gas- und Elektrizitätswerke und der städtischen Straßenbahn die Gemeinde verwaltet hat. Der Unterschied besteht also nicht im Gegensatz von kapitalistisch oder sozialistisch, sondern im Gegensatz von schrankenloser Ausplünderung der Kommunalwirtschaft durch das Privatkapital oder deren öffentliche Verwaltung durch die Gemeinde. Selbstverständlich gilt es, den tollwütenden Gelüsten der Bourgeoisie, die Wiener Kommunalwirtschaft dem Privatkapital auszuliefern, auf das schärfste entgegenzutreten. Es fragt sich nur, ob die sozialdemokratische Gesamtpolitik im Staat und der Gemeinde geeignet ist, diese Angriffe der Bourgeoisie erfolgreich abzuwehren.

Und weiter, was noch viel wichtiger ist, ob die sozialdemokratische Partei im Staat und der Gemeinde die Klasseninteressen des Proletariats vertritt und in dem Chaos der Krise und des drohenden Faschismus die Machtposition in der Gemeinde Wien zum revolutionären Kampf gegen das bankrotte kapitalistische System ausnützt? Und diese entscheidende Frage müssen wir auf das entschiedenste verneinen. Gewiß vertritt die Sozialdemokratie proletarische Interessen, aber nur soweit, als die Bourgeoisie zuläßt und soweit es für die kapitalistische Wirtschaft erträglich ist. Somit ist die Sozialdemokratie in ihrem Wesen eine Partei, die zwar in ihrer erdrückenden Mehrheit aus Arbeitern besteht, die aber im Staat und Gemeinde vor allem die Interessen und Bedürfnisse des kapitalistischen Systems beachtet und die, wie die Rothschildsanierung neuerlich bewies, dem Arbeiter alle Opfer zumutet, wenn es gilt, den zusammenbrechenden Kapitalismus zu stützen. Warum stürmt die Bourgeoisie dann so gegen das rote Wien, wenn die SP eine Stütze der kapitalistischen Wirtschaft ist? So wird sich mancher Arbeiter fragen. Eben darum, weil sich die Bourgeoisie, die ohnmächtig dem Verfall des kapitalistischen Systems gegenübersteht, den Luxus der Sozialpolitik, sozialer Reformen, sozialer Besteuerung und die Entzückung so gewaltiger Betriebe der privaten Profitwelt, wie die der Gemeinde Wien, nicht mehr leisten kann. Die Sozialdemokratie kann aber ohne diese Zugeständnisse die Arbeiter nicht länger an den Karren des Kapitalismus spannen, ohne sich selbst zu erledigen. Daher der Kampf zwischen dem Herrn und seinem Lakaien. Will das Kapital die Arbeiter treffen, muß es auf die SP schlagen. Nicht weil die SP revolutionär ist, stürmt das Kapital gegen sie, sondern weil es den Arbeitern das letzte, was er noch an Rechten und halbwegs menschlichen Lebensbedingungen besitzt, wegnehmen muß, um selbst leben zu können.

Daher ist der Kampf um Wien ein Stück Klassenkampf, geführt von der zu allem entschlossenen Bourgeoisie gegen das von kleinbürgerlich-reformistischen Führern geführte Proletariat. Dieser Kampf wird letzten Endes nicht mit Stimmzetteln, sondern im bewaffneten Zusammenstoß der Klassen entschieden. Daher ist es für die Arbeiterklasse nicht unbedeutend, wer aus diesem Wahlkampf gestärkt hervorgeht. Der Reformismus oder die revolutionäre Partei des Proletariats.

Die Ohnmacht der Sozialdemokratie, ihre Neigung, dem Kapital die äußersten Konzessionen zu machen, die soweit geht, daß nicht die Sozialdemokratie die bürgerliche Regierung toleriert, sondern zufrieden ist, von der bürgerlichen Regierung toleriert zu werden, hat es mit sich gebracht, daß die Sozialdemokratie angesichts der trostlosen Lage des Kapitalismus und seiner finanziellen Nöte, sogar auf ein Wahlprogramm verzichtet hat. Keine sozialen Reformen, keine soziale Hilfe kann der Reformismus dem Proletariat mehr versprechen. Im Gegenteil, die Praxis bringt täglich den Abbau und die Einschränkung der sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft, während die soziale Not ins Uferlose anschwillt. Die Sozialdemokratie ist in der Sackgasse, ihre Rolle im Dienste des Kapitalismus geht zu Ende, ihr Nachfolger ist der Faschismus.

Die hohe Stimmenzahl, die die SP am 24. April zweifellos noch aufbringen wird (falls es überhaupt noch zur Wahl kommt), darf die Arbeiterschaft nicht über den wahren Stand der Dinge täuschen. Wien, verwaltet von den SP-Führern, wird dem reaktionären, arbeitereindlichen Kurs der Bourgeoisie keinen Damm entgegenzusetzen. Wiens Stadtverwalter haben bis jetzt noch immer vor der Bourgeoisie kapituliert. (Abgabenteilung, Steuererlassen an die Besitzenden, so z. B. wurde die Fiskusorgabgabe der Banken von 12 auf 8 Prozent ermäßigt, Lohnraub, Rationalisierung, Beschränkung der Fürsorge usw.).

Will die Arbeiterschaft Wien erobern, die Bourgeoisie und den drohenden Faschismus besiegen (und sie muß es bei Strafe ihres eigenen Unterganges wollen), so muß sie ihren revolutionären Willen am 24. April bekunden, indem sie für die Liste der KPOe stimmt.

## Die gewerkschaftliche Front zum Kampf der Bauarbeiter

Die Bereitschaft der Gewerkschaftsbürokratie, zu einem faulen Kompromiß mit den Bauunternehmern zu kommen, zeigt sich, je mehr die Lage die schärfsten Abwehrmittel erfordert. Schon verweist die „Arbeiter-Zeitung“ vom 6. März auf die Friedensbereitschaft der Bauergewerkschaft, die sie schon „manchmal mit bedeutenden Opfern erkaufte hat“. Nicht um die Abwehr des ungeheuerlichen Unternehmervorstoßes geht es den Bonzen, sondern die Unternehmer „zu größerem Vertragswillen zu bringen, als er derzeit vorhanden zu sein scheint“. Also nur einen Vertrag — wie er aussieht, ist Nebensache. Die Wiener Unternehmer haben die Verhandlungen abgebrochen, da, wie die „A. Z.“ schreibt, „der radikale Flügel des Arbeitgeberbundes Oberhand gewonnen habe“ und „die gegenwärtigen Forderungen der Unternehmer keine Verhandlungsgrundlage bilden können“. Andere Forderungen, sagen wir Forderungen der gemäßigten Unternehmer, bilden also Verhandlungsgrundlage? Die Politik des „kleineren Uebels“, die Politik der Kapitulation vor der Bourgeoisie, die nicht von den proletarischen Klasseninteressen, sondern von den wirtschaftlichen Interessen der Bourgeoisie bestimmt wird, fiadet in den Wirtschaftskämpfen ihren sichtbarsten Ausdruck. Diese grundsätzliche Einstellung des Reformismus hat die Gewerkschaften zu gewaltigen Stützen des bankrotten Kapitalismus verwandelt, statt proletarische Zentren des Widerstandes, statt die Tanks des proletarischen Emanzipationskampfes zu sein.

Was ist also die Schlüsselfrage, die jeder revolutionäre Arbeiter aus dieser Tatsache ziehen muß? Der Gewerkschaft den Rücken kehren? Nein, das wäre Wasser auf die Mühle der Reformisten, die heute die Gewerkschaften beherrschen. Sie würden die revolutionären Kritiker los und die revolutionären Arbeiter würden sich nicht nur von den großen Massen der noch reformistisch denkenden Arbeiter isolieren, sondern auch der Gewerkschaftsbürokratie billige Argumente liefern.

Welche Taktik schlägt in diesem Kampfe die KPOe, respektive die RGO ein? Am 23. Jänner erschien in der „RF“ ein Artikel, eingeleitet mit einem Zitat aus den Thesen des Plenum des ZK vom 15. und 16. November, in dem es heißt:

„Die Hauptschwäche der Partei und RGO-Arbeit nach wie vor ist die Vernachlässigung und Unterschätzung der Arbeit in den reformistischen und faschistischen Gewerkschaften.“ (Von einer Arbeit in faschistischen Gewerkschaften haben wir noch nichts vernommen, denn dort scheint der Boden zu heiß zu sein.)

Und weiter heißt es dann in dem Artikel:

„Die grobe Vernachlässigung der Arbeit in den Gewerkschaften steht im schärfsten Widerspruch mit den Grundbedingungen einer revolutionären bolschewistischen Massenarbeit.“

... ohne Eroberung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gibt es keine Schaffung einer bolschewistischen Massenpartei.

Das scheinen selbstverständliche, schon dutzende Male betonte Gedankengänge zu sein. Aber sie sind noch lange nicht zur Selbstverständlichkeit geworden, die Praxis unserer Arbeit steht im schärfsten Gegensatz zu ihnen.“

Das sind Worte, die wir voll unterstreichen, das sind Worte, die uns als Ernüchterung schienen und auf Abkehr von dem verderblichen RGO-Kurs der Vergangenheit schließen ließen. Aber weit gefehlt. Im Munde der Stalinbürokratie sind solche Worte, die eine grundlegende Wendung der Generallinie erfordert hätten, nur Sonntagspredigten, um, wenn es irgendwo schief geht, Sündenböcke zu haben. Es ist klar, daß sich ein RGO-Kurs, im Sinne der zitierten Worte, nicht mit der Generallinie verträgt, ja dieser diametral entgegengesetzt ist.

In diesem Artikel heißt es dann vollkommen richtig weiter:

„Wir haben eine Reihe von Beispielen zu verzeichnen, wo wir bedeutende Teile der Betriebsbelegschaften, ja manchmal sogar die Mehrheit in der RGO vereinigt hatten, daß ein Großteil dieser Arbeiter in der Gewerkschaft stand, daß aber nichts dafür getan wurde, um die Gewerkschaftspositionen, den unteren Gewerkschaftsapparat, zu erobern. Und der kann nicht nur, sondern er muß sogar erobert werden ... Und dann, wenn es zu einem Kampfe kommt, erweist es sich immer wieder, daß gerade dieser untere Apparat, weil wir ihn eben in den Händen der Gegner ließen, zu Kanälen wird, durch die der Einfluß des Reformismus in den Betrieb eindringt ...“

Das sind treffende Worte, aber wie sieht die Praxis aus? In den Bezirken Wiens und im zentralen Maßstabe organisiert die RGO Versammlungen und läßt Kampflösungen wählen, die statt der Gewerkschaft den Kampf (Streik) vorbereiten und führen sollen. Es ist klar, daß eine solche Taktik nicht nur wie die Faust auf Auge wirkt, sondern im schärfsten Widerspruch steht mit dem zitierten Leitartikel der „Roten Fahne“.

Die Beeinflussung des Lohnkampfes durch die RGO, die führende Rolle der RGO und schließlich die Kampfführung durch die RGO kann sich niemals außerhalb der Gewerkschaft mit einer kleinen, zum Teil unorganisierten Minderheit, sondern nur innerhalb der Gewerkschaft durchsetzen.

Die RGO kann nur der Hebel sein, mittels dem die revolutionären Arbeiter den reformistischen Einfluß und die reformistische Führung innerhalb der Gewerkschaft verdrängen. Aber niemals kann die RGO die Gewerkschaft ersetzen. Jeder Versuch in dieser Richtung führt zur Sprengung der für den

gewerkschaftlichen Kampf unentbehrlichen Kampfeinheit. Diese traurige Erfahrung lieferten bisher alle gewerkschaftlichen Massenkämpfe in Deutschland. Und das Resultat war, daß die Kommunisten nicht nur aus den Gewerkschaften, sondern auch aus den Betrieben flogen. Die Gewerkschaftsbürokratie ist die revolutionären Kritiker und Kämpfer los und hat leichtes Spiel, mit der RGO, außerhalb der Verbände, fertig zu werden. Weder der revolutionären Sache noch den Arbeitern ist mit diesem RGO-Kurs gedient. Die Nutznießer sind die Unternehmer.

Indem die RGO Baugewerbe den alten, verderblichen Kurs auf die Spitze treibend, der Gewerkschaft das Recht abspricht, mit den Unternehmern im Namen der Bauarbeiter zu verhandeln, selbst aber die Führung der Gewerkschaft nicht übernehmen kann, da sie sich außerhalb der Gewerkschaft stellt, verurteilt sie sich zur Ohnmacht und wird objektiv zum Schrittmacher der reformistischen Kapitulations-taktik.

Wir sagen heute schon, daß nach Abschluß dieses Kampfes, der unter diesen Verhältnissen mit einer Niederlage der Bauarbeiter enden wird, die RGO bei den Bauarbeitern als gewerkschaftlicher Faktor ausgespielt haben wird. Das ZK wird talmudisch weiter auf seine Generallinie schwören lassen und die RGO-Genossen, die in ihrer Verbildung diesen Kurs mitmachen, als die Sündenböcke hinstellen. Das soll und darf die klar sehenden revolutionären Bauarbeitergenossen nicht hindern, für eine leninische RGO-Taktik zu kämpfen.

## Rund um die Ostchina-Bahn

Wie die Kominternpresse bestätigt, hat die Sowjetregierung den japanischen Imperialisten gestattet, Truppen auf der ostchinesischen Bahn zu befördern. Es ist klar, daß es sich hier um eine ganz außerordentliche Konzession der Sowjetmacht an Japan handelt, die den internationalen Kampf der Kommunisten gegen Munition- und Truppentransporte schwer schädigt. Die berufsmäßigen Lakaien des Imperialismus, die Reformisten, schrien nun vom Verrat Rußlands. „Moskau hat China im Interesse Japans verraten.“ („Populaire“, 2. März 1932, Paris.)

Auf diese schändliche Hetze vermag die Kominternpresse keine Antwort zu geben. Denn dem Stalinismus, befangen in der Theorie des nationalen Sozialismus, ist es unmöglich, offen angesichts der Arbeiterklasse zu erklären: „Wir mußten eine Konzession machen, da wir einen militärischen Konflikt mit Japan vermeiden müssen, um unsere Kraft für die heranreifende deutsche Revolution einzusetzen.“ Hat die Sowjetregierung aus diesen revolutionären Gründen diese Konzession an Japan gemacht? Müßte sie sie machen, weil sie sich militärisch einem Konflikt mit Japan gegenwärtig nicht gewachsen fühlt?

Wir glauben, daß diese Konzession überhaupt keiner politischen Gesamtkonzeption des Stalinismus entspricht, sondern dem dumpfen Bedürfnis der zentralistischen Bürokratie, Zeit zu gewinnen, um der inneren Widersprüche Herr zu werden. Die Friedenspolitik im fernen Osten ist — welches immer ihre Triebkräfte sind — gegenwärtig richtig und die Konzession an Japan ist ein schwerer, aber gegenwärtig unvermeidlicher Preis. Ihre Politik den Arbeitern der ganzen Welt verständlich machen, wie es die Bolschewiki in Brest-Litowsk taten, bedeutet für die Sowjetmacht, auch ihre Schwächen rückhaltlos der Arbeiterklasse zu sagen. Das aber ist bekanntlich in der Epoche Stalins „konterrevolutionär“.

## Die Kapitulation von Schanghai

Die Nankingregierung hat, ohne ihre militärischen Hauptreserven überhaupt einzusetzen (Armee Feng, Armee Tschankaischek), Schanghai dem japanischen Imperialismus preisgegeben. Von neuem hat sich damit gezeigt, wie völlig unfähig die demoralisierte, verfallene „nationale“ Bourgeoisie Chinas ist, den Kampf für die Unabhängigkeit Chinas zu führen.

Die Kominternpresse stellt mit Recht diese Kapitulation der Nankingregierung fest. Sie gerät aber dabei in eine bedauernde Lage, da sie noch einige Tage vorher die Lage in Schanghai so dargestellt hatte, als ob der Verzweiflungskampf der 19. Armee, die Schanghai verteidigte, unter der Führung der Kommunisten geführt werde.

In Wirklichkeit besteht die tragische Situation von Schanghai eben darin, daß die herrschende Klasse lieber vor Japan kapituliert, als daß sie die Arbeiterklasse bewaffnen würde.

Auf der anderen Seite fehlt es dem Proletariat Schanghai an einer ernsten, aktionsfähigen Führung, da die KP Chinas durch ihren ausschließlichen Einsatz auf die Agrarrevolution und ihre Förderung durch militärische Expeditionen, die besten revolutionären Kräfte in den bäuerlichen Provinzen Kiangsi und Fukien konzentriert hat, statt in den entscheidenden Arbeiterzentren.

Die KP Chinas hat weder die 19. Armee in Schanghai, die durch den spontanen Widerstandswillen der Massen gestärkt, vorübergehend erfolgreich Widerstand leisten konnte, noch hat sie leider nennenswerten Einfluß in der Arbeiterklasse Schanghai.

## Appell

Leser des „Mahnruf“, spendet Kampf- und Preßfonds. Hilft mit, Abonnenten werben.

Leser des „Mahnruf“, tretet der Linkskomm. Opposition (Mahnrufgruppe) bei. Beitritts-erklärungen sind bei den Genossen Koch, Finkengasse 3/1, und Pendl, Neubaugasse 33, I abzugeben und zu haben.

# Was nun?

## Schicksalsfragen des deutschen Proletariats

Von L. Trotzki

Wir bringen nachstehend das Vorwort zu der neuen Schrift des Gen. Trotzki.

Die Redaktion.

Der russische Kapitalismus erwies sich als schwächstes Glied der imperialistischen Kette, infolge seiner außerordentlichen Zurückgebliebenheit. Der deutsche Kapitalismus offenbart sich in der gegenwärtigen Krise als das schwächste Glied aus dem entgegengesetzten Grunde: es ist dies der fortgeschrittenste Kapitalismus unter den Bedingungen der europäischen Ausweglosigkeit. Je größer die den Produktionskräften Deutschlands innewohnende dynamische Kraft, um so mehr muß an ihnen Europas Staatensystem würgen, das dem Käfig-„System“ einer zusammengeschrumpften Provinzmenagerie gleicht. Jede Konjunkturschwankung stellt den deutschen Kapitalismus vor jene Aufgaben, die er mittels des Krieges zu lösen versucht hatte. Unter der Hohenzollernregierung war die deutsche Bourgeoisie darangegangen, „Europa zu organisieren“. Durch die Regierung Brüning-Curtius unternahm sie den Versuch der Zollunion mit Oesterreich. Welch ein entsetzliches Sinken der Aufgaben, Möglichkeiten und Perspektiven! Aber auch der Union ließ es entsagen. Das ganze europäische System steht auf Hühnerfüßen. Die große, die heilbringende Hegemonie Frankreichs könnte zusammenstürzen, wenn einige Millionen Oesterreicher sich Deutschland anschließen.

Für Europa und vor allem für Deutschland gibt es kein Vorwärts auf kapitalistischem Wege. Eine vorübergehende Ueberwindung der gegenwärtigen Krise durch das automatische Kräfteispiel des Kapitalismus selbst — auf den Knochen der Arbeiter — würde die Neuerstellung aller Widersprüche auf der nächsten Etappe bedeuten, bloß in noch konzentrierter Gestalt.

Europas spezifisches Gewicht in der Weltwirtschaft kann nur abnehmen. Von der Stirn Europas verschwinden ohnehin schon nicht die amerikanischen Etiketten: Dawesplan, Youngplan, Hoovermoratorium. Europa ist gründlich auf amerikanische Ration gesetzt.

Die Fäulnis des Kapitalismus bedeutet soziale und kulturelle Fäulnis. Einer planmäßigen Differenzierung der Nation, dem Wachstum des Proletariats um den Preis der Verengung der Zwischenklassen ist die Bahn geöffnet. Das weitere Anhalten der sozialen Krise kann nur Pauperisierung der Kleinbourgeoisie und lumpenproletarischer Entartung immer größerer Schichten der Arbeiterklasse bedeuten. Einschneidender als alles andere hält diese Gefahr das fortschrittliche Deutschland an der Gurgel.

Den verfaultesten Teil des faulenden kapitalistischen Europa bildet die sozialdemokratische Bürokratie. Sie hatte ihren historischen Weg unter Marxens und Engels Banner angetreten. Zum Ziel sich den Sturz der bürgerlichen Herrschaft gestellt. Der machtvollen Aufschwung des Kapitalismus nahm von ihr Besitz und schteifte sie hinter sich her. Sie verzichtete, erst in der Tat, dann auch in den Worten auf die Revolution im Namen der Reformen. Kautsky verfocht zwar noch lange die Phraseologie der Revolution, wobei er sie den Bedürfnissen des Reformismus anpaßte. Bernstein hingegen forderte Verzicht auf die Revolution: der Kapitalismus betritt die Epoche friedlicher Prosperität, ohne Krisen und Krieg. Ein Muster an Prophetie! Es mochte scheinen, zwischen Kautsky und Bernstein bestehe ein unversöhnlicher Widerspruch. In Wirklichkeit ergänzen sie symmetrisch einander, als linker und rechter Stiefel des Reformismus.

Der Krieg brach aus. Die Sozialdemokratie unterstützte den Krieg im Namen künftiger Prosperität. Statt Prosperität kam Verfall. Jetzt bestand die Aufgabe nicht mehr darin, aus der Unzulänglichkeit des Kapitalismus die Notwendigkeit der Revolution zu folgern; auch nicht darin, mittels Reformen die Arbeiter mit dem Kapitalismus auszusöhnen. Die neue Politik der Sozialdemokratie bestand darin, die bürgerliche Gesellschaft um den Preis des Verzichts auf Reformen zu retten.

Über auch das war nicht die letzte Stufe der Verfallsmöglichkeit. Die gegenwärtige Krise des agonisierenden Kapitalismus zwang die Sozialdemokratie, auf die Früchte des langen wirtschaftlichen und politischen Kampfes zu verzichten und die deutschen Arbeiter auf das Lebensniveau ihrer Väter, Großväter und Urgroßväter hinauszuführen. Es gibt kein tragischeres und zugleich abstoßenderes historisches Schauspiel als das böserartige Faulen des Reformismus inmitten der Trümmer all seiner Errungenschaften und Hoffnungen. Das Theater jagt nach Modernismus. Möge es doch öfter Hauptmanns „Weber“ geben: das zeitgemäßeste aller Stücke. Doch der Direktor wolle nicht vergessen, die ersten Reihen den Führern der Sozialdemokratie vorzubehalten.

Übrigens ihr Sinn steht nicht nach Schauspielen: sie sind zur letzten Grenze der Anpassungsfähigkeit gelangt. Es gibt ein Niveau, unter das Deutschlands Arbeiterklasse freiwillig und für lange sich nicht hinablassen kann. Indes will das um seine Existenz ringende bürgerliche Regime dieses Niveau nicht anerkennen. Brünings Notverordnungen sind bloß der Beginn, das Abtasten des Bodens. Das Brüningregime hält sich dank der feigen und treubruchigen Unterstützung der sozialdemokratischen Bürokratie, die selbst sich durch das mürrische Halbvertrauen eines Teils des Proletariats hält. Das System bürokratischer Verordnungen ist unbeständig, unsicher, kurzlebig. Das Kapital braucht eine andere, entschiedener Politik. Die Unterstützung der Sozialdemokratie, die sich nach den eigenen Arbeitern umsehen muß, ist nicht nur ungenügend für seine Ziele, — sie beginnt es bereits zu beugen. Die Periode der Halbmaßnahmen ist vorbei. Um zu versuchen, einen neuen Ausweg zu finden, muß die Bourgeoisie sich vollends des Drucks der Arbeiterorganisationen entledigen, sie hinwegräumen, zertrümmern, zersplittern.

Hier setzt die historische Funktion des Faschismus ein. Er bringt jene Klassen auf die Beine, die sich unmittelbar über das Proletariat erheben und fürchten, in dessen Reihen gestürzt zu werden, organisiert und militarisiert sie mit den Mitteln des Finanzkapitals, unter Deckung des offiziellen Staates und lenkt sie auf die Zertrümmerung der proletarischen Organisationen, von den revolutionärsten an bis zu den gemäßigtsten.

Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterrör. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten. Hierzu ist die physische Vertilgung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu vernichten und die Ergebnisse von dreiviertel Jahrhundert Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auszurotten. Denn auf diese Arbeit stützt in letzter Instanz sich auch die kommunistische Partei.

Die Sozialdemokratie hat alle Bedingungen für den Sieg des Faschismus vorbereitet. Doch damit hat sie auch die Bedingungen ihrer eigenen politischen Liquidierung vorbereitet. Der Sozialdemokratie die Verantwortung für Brünings Notverordnungssystem und die drohende faschistische Barbarei aufzuerlegen, ist vollkommen richtig. Die Sozialdemokratie mit dem Faschismus zu identifizieren, vollkommen unsinnig.

Durch ihre Politik während der Revolution von 1848 hatte die liberale Bourgeoisie den Sieg der Konterrevolution vorbereitet, die dann den Liberalismus zur Ohnmacht verurteilte. Marx und Engels gefielen die deutsche liberale Bourgeoisie nicht minder scharf als Lassalle und tiefer als dieser. Als aber die Lassalleaner feudale Konterrevolution und liberale Bourgeoisie in eine „reaktionäre Masse“ waren, empörten sich Marx und Engels berechtigterweise über diesen falschen Ultraradikalismus. Die irrije Position der Lassalleaner machte sie fallweise zu unfreiwilligen Helfershelfern der Monarchie, trotz dem progressiven Charakter ihrer unermühten ernsteren und bedeutsameren Arbeit als der Liberalismus.

Die Theorie vom „Sozialfaschismus“ reproduziert den wesentlichen Fehler des Lassalleismus auf neuen historischen Grundlagen. Während sie Nationalsozialisten und Sozialdemokraten in eine faschistische Masse wirft, sinkt die Stalinbürokratie zu solchen Taten hinab wie die Unterstützung des Hilterschen Volksentscheids; das ist in keiner Weise besser als die Lassalleschen Kombinationen mit Bismarck.

## Sie ergänzen einander...

Die Verleumder Trotzki's.

Mit Recht und treffend hat Karl Kraus die „Arbeiter-Zeitung“ als das „geläufigste Organ der österreichischen Meinungslosigkeit“ charakterisiert. Mit sophistischer Zweideutigkeit zitiert die „AZ“ vom 3. März unter dem Titel „Trotzki gegen die deutschen Kommunisten“ Zitate aus dem demnächst erscheinenden Buche Trotzki's (dessen Vorwort wir in dieser Nummer abdrucken), und wählt die Zitate und das ihnen hinzugefügte Kommentar so, daß bei den Lesern der Eindruck entstehen kann, Trotzki sei gegen die Kandidatur der KPD und für die Wahl Hindenburgs. Die bürgerliche Presse und die — „Rote Fahne“ — geht in ihrer Einstellung so weit, daß sie dieser Verleumdung offen Ausdruck verleiht. Trotzki, der vier Tagereisen von Berlin entfernt ist, konnte zur Zeit, wo er sein Buch abschloß (am 27. Jänner 1932) wohl die Problematik der deutschen Präsidentschaftswahl voraussagen, aber im Detail nicht kennen. Er befaßt sich auch gar nicht mit ihr im besonderen, sondern mit den Problemen der deutschen Revolution. Und über sie sagt Trotzki, gegen die deutsche Stalinbürokratie polemierend:

„Brüning mit Hitler zu identifizieren (gleichzustellen) bedeutet die Situation vor dem Kampfe mit der Situation nach der Niederlage zu identifizieren; bedeutet, im voraus die Niederlage als unvermeidlich zu betrachten; bedeutet, ohne Kampf zu kapitulieren.“

Wer nur einigermaßen politischen Anstand bewahrt hat, wird selbst, wenn er diese Worte allein liest (was ihnen vorgeht, hat die „AZ“ unterschlagen), erkennen, daß hier keineswegs der Stimmzettelkampf gemeint sein kann, sondern der unvermeidliche bewaffnete Zusammenstoß des Proletariats mit dem Faschismus.

Wenn unsere Feinde, die sozialdemokratischen Bonzen und die bürgerliche Presse, die Auffassungen der Revolutionäre entstellen und verleumdern, so ist das begreiflich; wenn aber das Organ unserer Partei, die „Rote Fahne“, dieselben Methoden, entgegen ihrem besseren Wissen, anwendet, so haben wir es eben mit einer Entartung der revolutionären Partei zu tun; mit anderen Worten, die die Partei beherrschende Stalinbürokratie ist ideologisch und politisch schon so tief gesunken, daß sie zu den Methoden unserer Klassenfeinde Zuflucht nehmen muß, um sich gegen die revolutionäre Kritik zu behaupten.

Ist es nicht eine Schande und eine schwere Schädigung der Komm. Internationale, wenn die Arbeiter von ganz Europa erleben müssen, daß die Heuchler der 2. Internationale die Sowjetregierung der Fälschung und Lüge überführen?

Bekanntlich hat Stalin in seinem neuen Racheakt gegen

In seinem Kampfe gegen die Sozialdemokratie muß der deutsche Kommunismus in der jetzigen Etappe sich auf zwei untrennbare Grundsätze stützen: a) die politische Verantwortung der Sozialdemokratie für die Macht des Faschismus; b) die absolute Unversöhnlichkeit zwischen dem Faschismus und jenen Arbeiterorganisationen, durch die sich die Sozialdemokratie läßt.

Die Widersprüche des deutschen Kapitalismus sind gegenwärtig zu jener Spannung gelangt, der unvermeidlich die Explosion folgen muß. Die Anpassungsfähigkeit der Sozialdemokratie hat die Grenze erreicht, wo bereits die Selbstvernichtung eintritt. Die Fehler der Stalinschen Bürokratie sind an ein Ziel geraten, nach dem die Katastrophe kommt. Das ist die dreieinige Formel, die Deutschlands Lage charakterisiert. Alles steht auf des Messers Schneide.

Verfolgt man das Leben Deutschlands nach Zeitungen, die mit einwöchentlichem Postverspätung ankommen, brauchen die Manuskripte eine weitere Woche, um die Entfernung zwischen Konstantinopel und Berlin zu bezwingen, worauf noch Wochen vergehen, ehe die Broschüre den Leser erreicht, sagt man sich unwillkürlich: wird es nicht zu spät sein? Und jedesmal antwortet man sich: nein, die ins Treffen geführten Armeen sind zu gewaltig, als daß eine einmalige, blitzartige Entscheidung zu befürchten wäre. Die Kräfte des deutschen Proletariats sind nicht erschöpft. Sie sind noch gar nicht in Bewegung gesetzt. Die Logik der Tatsachen wird mit jedem Tage immer gebieterischer sprechen. Das rechtfertigt den Versuch des Autors, sein Wort heizusteuern, wenn auch mit Verspätung von mehreren Wochen, d. h. einer ganzen historischen Periode.

Die Stalinsche Bürokratie hat befunden, sie werde ihre Arbeit ruhiger vollführen, wenn sie den Autor dieser Zeilen auf Prinkipo festsetzt. Von der Regierung des Sozialdemokraten Herrmann Müller hatte sie die Verwerfung des Visums erreicht für den „Menschewik“: die Einheitsfront war in diesem Falle ohne Schwanken und Säumnis verwirklicht worden. Heute melden die Stalinisten in den offiziellen Sowjetpublikationen, ich „verteidige“ die Brüningregierung im Einverständnis mit der Sozialdemokratie, die sich um die Erteilung meines Einreiserechtes nach Deutschland bemühe. Statt uns über die Niedrigkeit zu entrüsten, wollen wir die Dummheit verlarven. Aber unser Lachen sei kurz, denn es gibt wenig Zeit.

Daß die Ereignisse unser Recht beweisen werden, darüber kann nicht der geringste Zweifel bestehen. Aber auf welchen Wegen wird die Geschichte ihren Beweis führen: durch die Katastrophe der Stalinschen Fraktion oder den Sieg der marxistischen Politik?

Hier liegt gegenwärtig die ganze Frage. Es ist die Frage des Schicksals des deutschen Volkes und nicht nur seiner allein.

Prinkipo, den 27. Jänner 1932.

L. T.

Trotzki diesem durch das Präsidium des ZEK das Staatsbürgerrecht der SU entzogen. Vor den russischen Arbeitern wurde dieser Schritt durch ein aus Berlin bestelltes Telegramm gerechtfertigt, wonach Adler bei Trotzki in der Türkei gewesen sei, um ihm im Auftrage Kautskys für eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten zu gewinnen. Es war den Heuchlern der 2. Internationale ein leichtes, diese Lüge bis auf den Grund zu enthüllen und aufzuzeigen, daß die Quelle derselben in einer reaktionären großindustriellen Zeitschrift zu finden ist, aus der sie eine Korrespondentin der „Iswestija“ ausgegriffen hat. So werden die russischen Arbeiter von den servilen Stalinkreaturen belogen und betrogen.

Und wie rechtfertigt unsere „Rote Fahne“ diese Schmach? „Diese Reise ist ganz unwesentlich für die Beurteilung Trotzki's und des Trotzismus.“ Nachdem man bei Millionen russischen Arbeitern den neuen Racheakt Stalins, der Trotzki vogelfrei erklärt und den russischen Weißgardisten ausliefert, mit der „Einheitsfront Kautsky und Trotzki“ zu „rechtfertigen“ sucht, also verleumdet, gefälscht und gelogen hat, sagt die österreichische Agentur des Stalinismus, „ganz unwesentlich“.

Daß sich der gesunde Gerechtigkeitsinn der Arbeiterkommunisten gegen diese Schande nicht auflehnt, ist nur durch die Pogromstimmung zu erklären, die auf der Parteiliederschaft lastet. Aber es wird anders werden; auch die Bäume dieser korrupten Revolutionsbeamten wachsen nicht bis in den Himmel.

## Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Gasthaus Volksgarten, Siegmundstadt 1, ein Diskussionsabend statt.

Thema: Das Programm der Linksoption.

Gewonnen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Maharuf“ sind eingeladen.

## Provinzabonnenten

die noch nicht für das 1. Vierteljahr 1932 den Erlagschein eingekendet haben, mögen dies so rasch wie möglich tun, da wir dringend das Geld benötigen.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, II., Novaragasse 24. (Im Auftrage der Komm. Linksoption.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.

# Probleme der spanischen Revolution

Von Kurt Landau.

(4. Fortsetzung.)

## 6. Der Bankrott des Anarcho-Syndikalismus in Spanien.

Die Massenerhebung im April 1931 hat den Bourgeoisozialismus als stärkste Fraktion der bürgerlichen Demokratie an die Macht gebracht. Unter den Fahnen der „violetten Republik“ sammelte die spanische Republik vom ersten Tage ihres Machtantritts an die bürgerliche Konterrevolution, um die soziale Revolution, die in den Dörfern der andalusischen Ebene und in den Industriezentren Kataloniens ihr Haupt zu erheben begann, im Keime zu ersticken. Die spätgeborene Demokratie des 20. Jahrhunderts ist bisher in allen Ländern im Zeichen der Furcht vor der nachdrängenden Arbeiterklasse gestanden; von der spanischen gilt dies im besonderen.

Die Geschichte der „siegreichen“ bürgerlichen Revolution in Spanien, die Geschichte des letzten Jahres, ist gleichzeitig eine einzigartige, ununterbrochene Kette furchtbare Massakers der Arbeiterklasse, die ihren vorläufigen Höhepunkt in der Massendeportation fand, die der Generalgouverneur von Barcelona soeben durchgeführt hat; weit mehr als 100 der besten und revolutionärsten Arbeiterfunktionäre Kataloniens wurden — ohne daß überhaupt ein gerichtliches Verfahren stattfand — auf die furchtbare Insel Fernando Po deportiert, deren Klima für Europäer absolut tödlich ist.

Die spanischen Sozialisten haben mit ihren Strafexpeditionen gegen die revolutionären Arbeiter, für die sie als die führende Partei der herrschenden Koalition die Hauptverantwortung trifft, die Taten Noskes erreicht, wenn nicht übertraffen.

Aber ermöglicht wurde diese Politik durch den völligen Bankrott jener Richtung in der spanischen Arbeiterbewegung, die sich als die „wahrhaft revolutionäre“ bezeichnete, durch den Anarcho-Syndikalismus.

Die revolutionäre Krise in Spanien hat mit unübertrefflicher Deutlichkeit den zwiespältigen, kleinbürgerlichen, in seinen Auswirkungen konterrevolutionären Charakter des Anarcho-Syndikalismus enthüllt. Die syndikalistische „Ignorierung“ und „Neutralität“ gegenüber der Staatsgewalt ist in der Praxis nichts anderes als die feige und ohnmächtige Kapitulation vor den militärischen Strafexpeditionen der Regierung. So wie Pestagnas, „der spanische Lenin“, wie ihn die Syndikalisten in Frankreich zu nennen liebten, vor der Diktatur Primo de Riveras kapituliert und kampflös die Auflösung der revolutionären Gewerkschaften (C.N.T.) durchführte, so entwarfente jetzt die Pestagnas & Co., die Führer des spanischen Syndikalismus, durch ihre Politik und Taktik die gewaltigen revolutionären Arbeitermassen in den syndikalistischen Gewerkschaften und stoßen sie von einer Niederlage zur nächsten.

Die beispiellosen Verfolgungen der syndikalistischen Arbeiter durch die Regierung haben die Führer des Syndikalismus nicht vielleicht nach links getrieben, sondern im Gegenteil ihren wilden, kleinbürgerlichen Haß gegen den Kommunismus verstärkt. So stand bereits der Juni-Kongreß der C.N.T. im Zeichen eines beispiellos erbitterten, mit rein administrativen Mitteln geführten Kampfes der syndikalistischen Führer gegen alle kommunistischen Tendenzen im Schoße der C.N.T.

Um so versöhnlicher wurde die Haltung der syndikalistischen Führer gegenüber der Regierung. Ein dem spanischen Syndikalismus so freundschaftlich gesinnter Mann, wie der Mitarbeiter der syndikalistischen, französischen Zeitschrift „Révolution prolétarienne“, F. Nicolas, muß im November 1931 — nachdem er wenige Monate noch die Führer der C.N.T. verherrlicht hatte — schreiben:

„Ich habe entschieden gelehnet, daß sie (die C.N.T.) mit dem Reformismus verbunden ist. Diese Einschätzung stimmt nur für die Kämpfer und Mitglieder der unteren Organisation.“ („R. p.“, Nr. 121, November 1931.)

Und Nicolas zitiert entsetzte Zeilen aus dem Zentralorgan der C.N.T., der „Solidaridad Obrera“ vom 29. Juli 1931:

„Wir besitzen die Freimütigkeit zu erklären, daß weder die C.N.T. noch die Anarchisten in der Lage sind, die Republik durch etwas Besseres zu ersetzen.“

Das ist die Bankrotterklärung des spanischen Syndikalismus und es ist keinesfalls ein Zufall, wenn er ein halbes Jahr später, am 13. Januar 1932, angesichts der furchtbaren Verfolgungen der Arbeiterklasse, die Möglichkeiten eines reaktionären Staatsstreiches erwägend, schreibt:

„Wenn das geschehen sollte, erklärt die C.N.T. öffentlich, daß sie im Augenblick, wo von neuem eine Diktatur errichtet wird, den revolutionären Generalstreik mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben können, ausruft.“

Der politische Streik wird nicht als eine Waffe im Kampf gegen die reaktionäre Bourgeois-Republik betrachtet, die „durch nichts Besseres ersetzt werden kann“, sondern ausschließlich als eine Waffe zur „Verteidigung der Republik“ gegen einen reaktionären Staatsstreich. Der spanische Syndikalismus wiederholt damit nur die vulgären, verräterischen Versprechungen der Reformisten in Deutschland und Oesterreich und zeigt seine geistige Verwandtschaft mit dem stockreaktionären Reformismus der II. Internationale.

Auf dem Boden dieser feigen, spießbürgerlichen Politik des Syndikalismus entwickelten sich im Januar 1932 die Ereignisse von Lobregat, der verzweifelte Versuch der sich selbst überlassenen syndikalistischen Arbeiter, in einigen Bergarbeiterorganisationen „die soziale Revolution zu proklamieren“, die Kommune zu verwirklichen. Der Versuch der „Kommune von Figols“ scheiterte an der Uebermacht der Staatsgewalt. Von Anfang an zur Niederlage verurteilt, getragen von anarchistischen Illusionen, leitete dennoch der Aufstand von Lobregat eine neue Etappe der spanischen Revolution ein. Das erstmal haben die Arbeiter in Spanien, erzogen in den syndikalistischen Traditionen der politischen Neutralität und des nur-gewerkschaftlichen Kampfes, den Versuch unternommen, die politische Macht zu erobern. Sofort enthüllte sich ihnen die Ohnmacht des Syndikalismus und der anarchistischen Strategie des dezentralisierten Kampfes, die Illusion einer sozialen Revolution, die nur proklamiert, nicht aber durch Waffengewalt der proletarischen Diktatur verteidigt werden muß.

Das bedeutet keineswegs, daß die spanischen revolutionären Arbeiter nunmehr automatisch auf den Weg des Marxismus, des revolutionären Kampfes für die proletarische Diktatur, gedrängt werden. Die verheerenden Erfahrungen mit der Strategie des Syndikalismus und Anarchismus schaffen erst objektive Voraussetzungen für den Übergang der revolutionären Arbeiter in das Lager des Kommunismus. Ob dieser Übergang wirklich erfolgt, das wird im Kampf entschieden, in den täglichen Kämpfen der Arbeiterklasse, in denen sich erst die Ueberlegenheit der kommunistischen Strategie und Taktik erweisen muß.

Wenn diese Ueberlegenheit nicht vorhanden ist — und wie wir sahen, trifft dies auf Spanien zu —, so besteht die ungeheure Gefahr, daß der Bankrott des Syndikalismus, nur zu Enttäuschung und Zersetzung im Proletariat führt. In dieser Richtung wirken sich bereits angesichts der ungeheuren Fehler der spanischen Kommunisten sowohl die Erfahrungen breiter syndikalistischer Massen, als auch großer Massen jener Arbeiter aus, die heute noch dem Reformismus in Spanien folgen und Mitglieder reformistischer Gewerkschaften sind.

Auf der anderen Seite verstärkt die innere Schwäche der Arbeiterklasse, die niederlagsreichen, ausgewogenen Kämpfe der Arbeiterklasse, die der C.N.T. folgt, und der reaktionäre Kurs der Sozialdemokratie, die Schwankungen im Kleinbürgertum; es entstehen die objektiven Voraussetzungen für die Entwicklung einer reaktionären, konterrevolutionären Strömung im Kleinbürgertum, des Faschismus.

(Fortsetzung folgt.)

fürchten, daß die Gewehre, die sie heute der Bourgeoisie auszuliefern bereit sind, morgen in den Händen der Faschisten gegen die Arbeiterschaft losgehen.

Gegen jede Entwaffnung der Arbeiterschaft — das muß die Losung und das Kampfziel sein. Einen Sturm der Empörung und des Widerstandes gilt es der Zumutung, die Arbeiterschaft zu entwerfen, entgegenzustellen. Aber auch jeder Einzelaktion in dieser Richtung gilt es die gesamte Kraft der Arbeiterschaft entgegenzusetzen. Immer noch, wenn die Reaktion ihre Zeit für gekommen erachtete, wenn sie ihre alten Privilegien wieder herstellen wollte, hat sie getrachtet, ihren Gegner, das Proletariat, zu entwerfen. Es schießt sich leichter auf wehrlose als auf bewaffnete Arbeiter.

Die Wehrhaftigkeit der Arbeiterklasse zu sichern, das wäre die wichtigste Aufgabe der wirklichen Arbeiter-Einheitsfront.

## Was uns Arbeiter schreiben.

Der 6. März in Graz.

Mehrere hunderte Arbeiter waren um 5 Uhr nachmittags auf den Freiheitsplatz gekommen. Als eine Gruppe der Arbeiterwehr, vom Burgtor zum Freiheitsplatz, „Rot-Front“ rufend, anmarschierte, war für die Stürzergarde das Signal gegeben; sie ging mit größter Brutalität vor. Die Polizei räumte den Freiheitsplatz und schlug wie Bestien auf die Köpfe der Proleten mit den Gummiknüeten. Es sprachen mehrere Genossen an mehreren Plätzen. Am Bismarckplatz wurde der Jugendgenosse Krasser niedergeschlagen, ins Polizeilaut geworfen und dem Polizeigefängnis eingeliefert, es wurden viele Genossen verhaftet, einige Genossen sind ins Landesgericht eingeliefert worden. Bis 7 Uhr abends dauerten die fliegenden Kundgebungen. Zur Aktion sei aber gesagt, es war nicht die Aktion der „Roten Einheitsfront“ der Arbeiterschaft, sondern die Aktion der AW, RH, Bund d. Sowjetfreunde und KP-Genossen. Wir, die Linksoption, sind davon feilschaftlich überzeugt, erst die Arbeiter-Einheitsfront, gestützt auf die proletarischen Organisationen, wird die gesamte Arbeiterschaft zu außerparlamentarischen Kämpfen führen, gegen Lohnraub, Unterstützungsraub und gegen den Faschismus.

Wallisch-Versammlung in Graz.

Am 26. Februar hielt die Sozialdemokratische Partei eine öffentliche Versammlung in den Annensalen ab. Es sprach der „Linke“ Wallisch. Bei Beginn der Versammlung kam es zwischen Schutzbündlern und der Arbeiterwehr zu einer Keilerei, wobei 5 Genossen der AW schwer verletzt wurden. Die Stalinisten haben in der letzten Zeit mehrere SP-Versammlungen gestört (Andritz, Renner-Versammlung usw.); dadurch haben die SP-Bonzen leichtes Spiel gehabt, den Schutzbund aufzuspüren. Wir Linkskommunisten verurteilen aber das Vorgehen des Schutzbundes, man kann den Saal räumen, aber nicht die Schödel der Proleten einschlagen. „Wallisch“ referierte über den 13. September, den Pulschsonntag und seinen Strategen, machte sich darüber lustig. Sprach kein Wort über die politische Lage, nichts über die kommenden Kämpfe. Man kann es verstehen, man will den Kapitalisten nicht wehe tun, sagte Wallisch doch: „Wir wollen keinen Kapitalisten aufhängen, wir wollen nur geschlossen dastehen.“ Die Taktik der Stalinisten in der letzten Zeit, SP-Versammlungen zu stören, ist falsch und es gelingt den SP-Bonzen, einen Keil zwischen KP- und SP-Arbeiter zu treiben. Das ist die Folge der Taktik: „Die SP ist eine faschistische Partei, oder die SP muß zuerst niedergeworfen werden und dann können wir den Faschismus besiegen.“ Ja, Genossen, zum Worte melden, aber nicht schreien und pfeifen.

## Stalinismus oder Leninismus?

Wenn es dem Zentrismus nicht gelang, das Programm der Linken wirklich durchzuführen, so deswegen, weil jede erste, grundlegende Wendung nur durch die Heranziehung der Arbeiterklasse selbst, also auf dem Weg der Arbeiterdemokratie, möglich ist. Richtige Ideen und Parolen, vom bürokratischen Apparat übernommen und ohne schöpferische Initiative und Kontrolle der Arbeiterklasse, vor allem proletarischen Masse in der Partei, durchgeführt, verwandeln sich im Prozeß bürokratischer Durchführung in ihre eigene Karikatur. Leo Trotzki.

## Abonniert den „Mahnruf“

## Freunde und Abonnenten des „Mahnruf“

Die erhöhten Anforderungen, die der Kampf an uns stellt, erfordern auch die Mittel. Wir appellieren an Abonnenten, ihre rückständigen Abonnements des letzten Vierteljahres einzusenden, resp. unseren Kassieren zu übergeben. Alle Freunde und Abonnenten des „Mahnruf“ mögen nach ihren Kräften für den Preßfonds spenden. Die Verwaltung.

## L. Trotzki

## Soll der Faschismus wirklich siegen?

Deutschland — der Schlüssel zur internationalen Lage Preis 20 Grosch

Diese Broschüre muß jeder Arbeiter

## Opportunist Münzenberg als Apostel des Stalinismus

(Fortsetzung.)

Münzenberg als „Dialektiker“.

Die Feststellung Trotzki's, daß die nationale Beschränktheit die Gruppe Stalin dazu veranlaßt, mit bürokratischer Gleichgültigkeit die Ereignisse in Deutschland zu verfolgen und ihr Augenmerk nur den eigenen Angelegenheiten zuzuwenden, erweckt Münzenbergs besonderen Unwillen. Er zitiert die Bemerkung Trotzki's, daß diese Einstellung der Gruppe Stalin noch keinen vollendeten theoretischen Ausdruck gefunden hat und frohlockt: „Er (Trotzki) selbst muß zugeben, daß eine solche Theorie nicht geschaffen ist.“

Der Aermste hat nicht begriffen, daß von der Abkehr von einem Prinzip — in diesem Fall vom Internationalismus — bis zur programmatischen Formulierung des entgegengesetzten — in diesem Fall des offenen Verzichts auf jede Verbundenheit der Sowjetunion mit der Weltrevolution — viele Phasen eines Prozesses durchlaufen werden. Wie lange reife in der Hülle formal-marxistischer Ausdrucksweise in der deutschen Vorkriegs-Sozialdemokratie der Opportunismus heran, der erst am 4. August 1914 seine Vollendung fand!

Die Argumentation Münzenbergs, „da die Theorie nicht vollendet ist, existiert sie nicht“ ist die altbekannte Spießerei, über die sich schon Friedrich Engels weidlich beustigte. Es ist unverkennbar, daß Münzenberg sein philosophisch-methodisches Rüstzeug — im Gegensatz zu seinen politischen Impulsen, die er von Radek erhält — aus dem wohlbekanntem Arsenal des Herrn Eugen Dühring bezieht, dem Engels seine bekannte Schrift gewidmet hat.

„Die Bewegung selbst“, schreibt Engels im Anti-Dühring, „ist ein Widerspruch; sogar schon die einfache mechanische Ortsbewegung kann sich nur dadurch vollziehen, daß ein Körper in einem und demselben Zeit-

moment an einem Ort und zugleich an einem anderen, an einem und demselben Ort und nicht an ihm ist.“

Mehr als ein halbes Jahrhundert, nachdem dies Engels schrieb, aber erklärt der weise Münzenberg, „eine solche... Argumentation richtet sich selbst“. Er hat einfach in seiner bürokratischen Borniertheit nicht verstanden, daß die Entwicklung der Stalinischen Schule von den Positionen des Kommunismus zum Sumpfe des Liquidatoriums in vollem Gange, aber noch nicht vollendet ist, daß die Gruppe Stalin in dieser, ihrer Entwicklung nur einen Widerspruch aufweist, den jeder Prozeß widerspiegelt.

## Entwaffnungskomödie

Während in der sozialdemokratischen Presse noch die Sammelausweise für den Schutzbund als Antwort auf den Ottakringer Waffenraub veröffentlicht werden, verhandelt Deutsch und General Köbner mit dem Polizeiminister Bachinger über die Entwaffnung des Schutzbundes. Gleichzeitig veröffentlicht die Heimwehren Äußerungen des Bundeskanzlers — die nicht zu bezweifeln sind und auch nicht widerufen wurden —, daß dieser dem Standpunkt der Heimwehren, die nämlich die restlose Entwaffnung der Arbeiter fordern, volles Verständnis entgegenbringe. Und Otto Bauer manövriert mit einem offenen Brief an den monarchistischen Justizminister, in dem er Sicherheit fordert, die die einzige Gewähr für die Abrüstung sei. Und täglich wieder sich diese tügen Memmen um die Alternative: wie sollen wir angesichts der drohenden faschistischen Gefahren der Arbeiterschaft beitragen, daß sie, auf die „demokratische“ Bourgeoisie vertrauend, die Selbstentwaffnung billigt. Andererseits ist diesen Schlappschwänzen selbst bange und sie